

Macht unter Mächten

Wenn Europa in der Welt bestehen will, muss es von China lernen – das fällt vor allem Deutschland schwer VON LUUK VAN MIDDELAAR

So einsam war die Europäische Union noch nie – auch dies gehört zu den neuen, bitteren Erfahrungen der Pandemie.

Am Anfang, als die Seuche ausbrach, musste jede Regierung der Welt zunächst alles versuchen, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Aber schnell wurde deutlich, dass diese Krankheit auch die Gelegenheit bietet, andere Länder und Akteure zu schwächen oder zu manipulieren.

Während die Großmächte China und Vereinigte Staaten jeweils eine geomeditizinische Teil- und-herrsche-Politik verfolgten, wartete die Europäische Union im Frühjahr 2020 zunächst ab, einsam und unentschlüsselt. Nicht genug Masken und Schutzanzüge; überfüllte Krankenhäuser; Mitgliedsstaaten, die miteinander um Ressourcen ringen. Wie kaum jemals zuvor spürte Europa seine Verwundbarkeit.

So gelangte die europäische Öffentlichkeit im pandemisch-politischen Mahlstrom des vergangenen Jahres zu vier genauso entlarvenden wie erschütternden Erkenntnissen. Erstens: Europa war in dieser Katastrophe nicht das Rote Kreuz der Welt, sondern selbst der Patient. Zweitens: Bei der Bekämpfung der Pandemie war der große Verbündete, der seit 1945 in allen internationalen Krisen die Führungsrolle gespielt hat – die Vereinigten Staaten –, abwesend, ja sogar selbst in einem mitteleuropäischen Zustand. Auch wenn die Töne aus Washington nun wieder freundlicher geworden sind, wird man das *«America first»* in einem Moment der Wahrheit nicht vergessen. Drittens: Es war das ferne, fremde und von den meisten Europäern verkannte oder unterschätzte China, das per Flugzeug tonnenweise medizinisches Material in alle Welt liefert, auch zu uns. Und viertens, um die Demütigung vollständig zu machen: Die europäische Öffentlichkeit lernte aus eigener Erfahrung, dass zwischen Not- und Machtpolitik ein schmaler Grat liegt.

All diese Erkenntnisse stellen das geografisch-historische Selbstbild Europas auf den Kopf. Auf der Weltkarte der Emotionen tauschen Mitleid und Respekt die Plätze. Die Pandemie zwingt uns zu einer postkolonialen Sicht der Volksrepublik China, einer postatlantischen Sicht der Vereinigten Staaten und einer Neubestimmung der eigenen kontinentalen Position und Identität.

Der Aufstieg Chinas hat sich wirtschaftlich seit Langem angekündigt, nun rückt er alle weltpolitischen Verhältnisse in ein neues Licht. Im Verhältnis zu Europa stehen vier Etappen hervor. Nach der Bankenkrise 2008 – und der darauf folgenden Euro-Krise – suchten viele europäische Regierungen händelnd nach Geldquellen, Käufern von Staatsanleihen und Exportmärkten. China trat als ökonomischer Retter in Erscheinung, vor allem im Osten und im Süden des Kontinents. Der Verkauf des Hafens von Piräus an eine volkseigene chinesische Reederei steht hierfür als Fanal.

Der zweite Schritt folgte 2016 mit dem *«Kuka-Schock»*. Nachdem ein chinesischer Konzern den Augsburger Roboterbauer, einen Weltmarktführer, erworben hatte, verstand die deutsche Industrie: Peking meint es ernst mit dem 2015 beschlossenen Plan, China innerhalb eines Jahrzehnts weltweit zur technologischen Führungsmacht zu machen. Das Land entpuppte sich als Rivale der starken Staaten, statt nur Wohltäter der schwachen zu sein. Jetzt wachen auch die westeuropäischen Länder auf.

Zum ersten Mal wird Europa von einer nicht-westlichen Macht diszipliniert

Dann die dritte Etappe, die Masken- und Impfdiplomatie. Die Machtentfaltung und Selbstsicherheit Chinas reicht in diesem Fall weit über einen kleinen Kreis von Betroffenen und Experten hinaus, sie wird im Herzen der europäischen Öffentlichkeit spürbar. In Berlin reagierten Parlamentarier schockiert auf einen Zeitungsbericht, laut dem chinesische Diplomaten deutsche Ministerialbeamte dazu ermuntern wollten, sich positiv über Xi Jinpings Corona-Management zu äußern. Die Pandemie führte vor, dass China eine strategische Europapolitik verfolgt, der keine strategische China-

politik Europas gegenübersteht. Öffentliches Unbehagen machte sich breit.

Dieses Unbehagen hat sich vor wenigen Wochen noch einmal verstärkt. Nachdem die EU-Außenminister vier regionale chinesische Funktionäre, die sie für die Unterdrückung der muslimischen Minderheit der Uiguren mitverantwortlich machen, auf eine Sanktionsliste gesetzt hatten, reagierte Peking überraschend scharf. Die chinesische Regierung verhängte ihrerseits Sanktionen gegen zehn Europaabgeordnete, 27 EU-Diplomaten und mehrere wissenschaftliche Institute, darunter das renommierte Mercator-Institut in Berlin.

Die EU ist es gewohnt, Diktatoren aus armen, weit entlegenen Ländern aus einer Position der moralischen und ökonomischen Überlegenheit zu bestrafen oder zu boykottieren.

Dafür sollten wir von den Besten lernen. Chinas strategische Fähigkeiten basieren zum einen auf dem Zentralismus; die von Xi Jinping als Generalsekretär geführte Kommunistische Partei ist mächtiger als der Staat. Das zweite wesentliche Element ist ein integraler Ansatz: Politik, Wirtschaft und Sicherheit werden in Peking selbstverständlich als ein Ganzes betrachtet, das gilt für die Neue Seidenstraße genauso wie für die Impf- und Maskendiplomatie. Der dritte Trumpf ist das Geschichtsbewusstsein. Als große, bevölkerungsreiche Zivilisation denkt China politisch in Jahrzehnten und Epochen statt in Jahren oder bis zum

Die schwierigste Aufgabe für Europa besteht jedoch darin, die eigene Strategie in eine langfristige Perspektive einzubetten. Die europäische Staatengemeinschaft hat eine historische und kulturelle Identität; für alle Beobachter außerhalb des Kontinents ist das klar. Woran es mangelt, ist der Wille – oder die Fähigkeit – der Europäer, diesem Narrativ eine politische Form zu geben. Die Verlockung des Universalismus ist stark, ebenso die Versuchung, in einem *«Westen»* aufzugehen, der auch die Vereinigten Staaten und Kanada umfasst. Doch die Verhältnisse haben sich verändert. Ein deutlich ausgeprägtes, starkes Selbstbild erfordert deshalb eine doppelte narrative Emanzipation.

Auf der einen Seite hat der Aufstieg Chinas den Universalismus *«provinzialisiert»*. Welche politische Bedeutung können *«uni-»*

letzten Stunden des Jahres 2020 verabredet, um Handel und Investitionen zu erleichtern. Beobachter waren jedoch am meisten davon überrascht, dass Europa eine selbstständige geopolitische Tat vollbracht hatte, gegen den Willen Washingtons. Das Team Biden hatte die EU ausdrücklich gebeten, bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten im Januar zu warten, um dann eine gemeinsame Botschaft an China zu senden. Hätte die EU sich darauf eingelassen, hätte sie aller Welt vorgeführt, dass sie sich nur traut zu handeln, wenn sie dafür grünes Licht aus Washington bekommt.

Werte predigen und Autos verkaufen – das funktioniert nicht mehr

Während das Abkommen also von einem neuen Selbstbewusstsein kündete, traten auch die Schwächen schnell zutage. Die Überinkunft wurde heftig kritisiert; Merkel, die darauf gedrängt hatte, verteidigte sie nur leise, Macron gar nicht. Von der Leyen vermittelte im Europaparlament sogar den Eindruck, sie distanzieren sich von dem eigenen Beschluss. Europa hatte zwar gehandelt, aber fast niemand übernahm in der Öffentlichkeit die Verantwortung dafür.

Bereits 2019 hatte die EU in einem Strategiepapier drei Rollen für China definiert: Das Land sei gleichzeitig ein *Partner* im Hinblick auf globale Ziele wie etwa in der Klimapolitik, ein *Wettbewerber* auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet und ein *Systemrivale*, der ein alternatives politisches Modell verkörpert. Das war ein konzeptioneller Durchbruch, aber seitdem steht das Denken still. Wie interagieren diese Rollen? Kann man sie gleichzeitig spielen? Was sind die roten Linien, die wir bei der Wahrung unserer Werte zu verteidigen bereit sind? Vor allem Deutschland fällt es schwer, diese Debatten zu führen.

Geht es um die Weltmacht China, zahlen wir politisch und wirtschaftlich einen Preis, wenn wir über Werte reden. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Es gibt gute Gründe, etwa die Unterdrückung der Uiguren zu kritisieren. Aber wir brauchen auch die Möglichkeit, Werte und Interessen abzuwägen. Bidens Washington spitzt die Auseinandersetzung mit Xis China narrativ zu – als einen neuen globalen Kampf von Demokratie gegen Autokratie. Es ist verführerisch – und für Deutschland fast zwingend –, in dieser Erzählung auf der Seite des Guten zu stehen. Und niemand plädiert für eine Äquidistanz zwischen der amerikanischen Demokratie und dem Ein-Parteien-Regime in Peking. Aber Europa muss seine eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen verfolgen, die nicht mehr so selbstverständlich mit denen der USA übereinstimmen wie früher. Ist den deutschen und anderen Progressiven, die ihre Empörung gegen China herauschreien, die strategische Konsequenz klar? Wenn Europa seine Position nicht selbst bestimmt, werden wir automatisch Teil des US-Drehbuchs eines neuen *«Kalten Krieges»*, in der Rolle von Vasallen.

Die zweite, in Deutschland ebenso große Gefahr, ist die Heuchelei. Sie entsteht, wenn wirtschaftliche Interessen verfolgt werden, ohne darüber zu reden. Sonntags Werte predigen, aber von montags bis samstags Autos und Pipelines verkaufen – dieses Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr. Die europäische Öffentlichkeit toleriert die deutsche Doppelmoral nicht länger.

Europa braucht, um sich geopolitisch zu emanzipieren, Gremien, in denen politische Urteile gefällt und zuweilen tragische Entscheidungen getroffen werden können. Das ist keine Angelegenheit für die herkömmliche Brüsseler Technokratie. Solche Entscheidungen erfordern das narrative Selbstbewusstsein, der Welt und der eigenen Öffentlichkeit zu sagen: Das ist es, was wir Europäer sind, das ist es, was wir verteidigen, das ist der Preis, den wir zu zahlen bereit sind. Nur dann kann es eine Macht unter Mächten werden, in einer multipolaren Welt.

Luuk van Middelaar, 47, ist Historiker und Philosoph, er lehrt an der Universität Leiden. In dieser Woche erscheint sein Buch: *«Das europäische Pandämonium. Was die Pandemie über den Zustand der EU enthüllt»* (Suhrkamp)

Zum Einfluss Chinas in Europa siehe auch **Wirtschaft, Seite 27**



Ist China für die EU ein Partner oder ein Rivale? Oder beides?

tieren. Aber während deren Gegenmaßnahmen leicht ironisiert werden können, hat diesmal niemand gelacht. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird Europa von einer nicht westlichen Macht diszipliniert – der vierte und bislang letzte Schritt.

Die neuen Machtverhältnisse spiegeln sich in der Verteilung politischer Verantwortlichkeiten wider: China wird Gegenstand der Innenpolitik und ChEfsache. Im Oktober 2020 bekennen sich Merkel, Macron und ihre europäischen Kollegen einstimmig zum Ziel der *«strategischen Autonomie»*. Was das bedeutet, wird nun in der Pandemie deutlich: Will die Union nicht in der Falle zwischen China und den USA sitzen, muss sie künftig selbst die ausreichende Produktion oder Beschaffung von Impfstoffen und medizinischer Ausrüstung gewährleisten. Es geht um den Schutz der eigenen Bevölkerung, aber auch um geopolitische Handlungsfähigkeit.

Die Europäische Union versteht sich als Champion des Multilateralismus. Aber um eine *multilaterale* Ordnung zu stützen, muss die schwachbrüstige Union auch eine *multi-polare* Ordnung fördern. Die Voraussetzung dafür ist, dass sie selbst zu einem relevanten Pol wird, zu einer Macht unter Mächten. Nur dann wird Europa von den Vereinigten Staaten und China als Mitakteur auf der Weltbühne ernst genommen werden. Das ist eine gemeinsame Aufgabe für die Brüsseler Institutionen und für die Hauptstädte.

nächsten Wahltermin. Die langfristige Perspektive sorgt für das nötige Selbstvertrauen, während der Zentralismus und der integrale Ansatz Entscheidungen erleichtern.

Im Grunde *«kopiert»* China die im 20. Jahrhundert von den USA verfolgte globale Strategie, angepasst an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts. *Pax Sinica*. Auch die Vereinigten Staaten verbanden und verbinden ja ganz offen Wirtschaft und Militärstrategie, Handel, kulturelle Ausstrahlung und Geopolitik.

Europa dagegen neigt dazu, die einzelnen Politikfelder zu trennen und die Aufgaben auf viele Akteure zu verteilen, was die Möglichkeiten des geostrategischen Handelns beschränkt. Zentralismus kann für unsere liberalen Demokratien kein Mittel sein. Aber wir müssen besser darin werden, Politik, Wirtschaft und Sicherheit miteinander zu verbinden. In der Europäischen Union wird das mehr und mehr erkannt. Zum Beispiel wurde nach dem Kuka-Schock auf Betreiben von Berlin sehr rasch ein Mechanismus zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen geschaffen, der geopolitische Kriterien einbezieht – ein Wendepunkt für die Brüsseler Freihandels-Orthodoxie.

verselle Werte« haben, wenn die größte Nation der Welt nicht die Absicht hat, sich jetzt oder in Zukunft an sie zu halten?

Auf der anderen Seite hat die Selbstsucht von Trumps Amerika den Zauber des *«Westens»* gebrochen. Nach den Jahren 2016 bis 2020 wird es für die Europäer schwierig sein, noch einmal an die Verheißung der *Pax Americana* zu glauben.

Die Geschichte, die die EU von sich selbst erzählt, beginnt am 9. Mai 1950. Damals hatte der französische Außenminister Robert Schuman vorgeschlagen, die Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands und Frankreichs zusammenzulegen. Die Versuchung eines klaren Bruchs mit der Vergangenheit ist verständlich, erst recht aus deutscher Perspektive. Aber die zeitliche Verengung ist nicht hilfreich, Europa wurde nicht erst mit dem Schuman-Plan *«geboren»*. Und es kann sich nicht als geopolitischer Akteur entwickeln, der von den jungen EU-Institutionen alleine getragen wird: Europa muss als *Staatenverbund* handeln.

Es muss sich als politischer Ausdruck unseres Kontinents und eines jahrhundertalten Zivilisationsraums verstehen – so kompliziert das auch sein mag. Ohne eine gemeinsame Vergangenheit gibt es keine gemeinsame Zukunft.

Die Sackgasse, in der Europa und Deutschland Gefahr laufen, sich zu verfangen, wird mit dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen deutlich. Dieser Deal wurde in den